



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2022

## Der neue Parteivorstand



Foto: Martin Heinlein\_Flickr

**Redaktionsschluss** für die August-Ausgabe:  
**Donnerstag, 04.08.2022**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Bericht vom Bundesparteitag	S. 2
Kurzbericht von der BMV	S. 5
Beschluss der BMV Atomwaffen	S. 5
Wenn ich ein Grummeln spüre ...	S. 6
Stellenausschreibungen	S. 7
Wiedergewählt	S. 7
Wieder Sommerkino im Park	S. 7
Bans off our Bodies	S. 8
Tempo 30 in der Legienstraße	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10
Anlage: Mitgliederbrief der Vorsitzenden (Druckversion)	

## Es kommt aber darauf an, die Welt zu verändern! – Bericht vom Bundesparteitag der LINKEN vom 24.-26. Juni 2022 in Erfurt

Entgegen massiven Einschüchterungsversuchen durch den politischen Gegner und bürgerliche Medien, dass die LINKE auf Kriegskurs mit Sanktionen und Waffenlieferung einschwenken solle, sind die friedenspolitischen, antiimperialistischen und antikapitalistischen Positionen der LINKEN gehalten und das bedeutet in der aktuellen Kriegslage bekräftigt worden. Die sinnfällige abschließende Pointe des Parteitages bildete der Beschluss zur Unterstützung der bundesweiten Friedensdemonstration für eine Zivile Zeitenwende am 2.7.22 in Berlin ([www.zivileZeitenwende.de](http://www.zivileZeitenwende.de)). Auf dieser Grundlage sind nun die gesamte Partei und alle Genoss:innen aufgerufen, die historische Bedeutung als Friedens- und soziale Oppositionspartei offensiver zu vertreten und für radikale Reformen konsequenter zu kämpfen.

### **Gesellschaftliche Lage: Eine Herausforderung für mutige, konsequente Friedenspolitik**

Der Bundesparteitag fand in einer gesellschaftlich herausfordernden Krisensituation statt. Die Herrschenden in den USA setzen zur Verteidigung ihrer angezählten globalen Vormachtstellung zunehmend auf Machtpolitik und Krieg. Die Spaltung zwischen arm und reich vertieft sich rasant, und damit der Widerspruch zwischen der Möglichkeit allgemeiner Wohlfahrt weltweit und der Wirklichkeit des steigenden sozialen Elends. Mit der zunehmenden Inflation fließt das Geld nur so aus den Taschen, während die Gewinne der Konzerne, allen vorneweg der Rüstungs-, Energie- und Wohnungskonzerne, nur so sprudeln.

Es ist eigentlich unsere Zeit, die Zeit der sozialistischen, oppositionellen Kräfte, denn Krise bedeutet Entscheidung für grundsätzliche Änderung. Um genau das zu verhindern, wird mit Nationalismus gehetzt, was nach Eindämmung und Verinselung durch den Lockdown auf gefährlich fruchtbaren Boden fällt. Die Rattenfänger der AfD halten sich mit Sozialdemagogie bereit.

Entgegen dieser gesellschaftlichen Stimmungsmache wurden die friedenspolitischen Positionen der LINKEN nicht geschliffen, sondern aktiv beibehalten. So heißt es im beschlossenen Leitantrag „Krieg und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“: *„Dauerhaften Frieden in einer krisengeschüttelten Welt kann es nur mit Abrüstung und Deeskalation geben. Statt Wettrüsten braucht es stärkere Kooperation für neue Sicherheits- und Abrüstungsverträge und*

*eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Unser Ziel ist die Überwindung aller Militärbündnisse (wie NATO, OVKS, AUKUS im süd-pazifischen Raum) durch einen Prozess hin zu einer globalen Friedensordnung. Die multipolare Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den Mittelpunkt stellt.“*

In der (viel zu kurzen) Generaldebatte sprach sich eine Mehrheit von Genoss:innen der Basis für stärkeres Friedensengagement aus, und in den Reden der Parteivorsitzenden Janine Wissler, der Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali sowie von Gregor Gysi wurde hervorgehoben, dass die LINKE für Frieden und soziale Gerechtigkeit in Einheit hier und weltweit zu streiten hat. Dennoch wird der beschlossene Friedensleitantrag den gesellschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht, weil man sich nicht traute, die Forderung nach Auflösung der NATO zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems inklusive Russlands aktuell aufzurufen. Die Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts, die dauerhaften Verbrechen und die Völkerrechtsbrüche durch Washington insbesondere im globalen Süden sowie die gefährliche Ausweitung und Aufrüstung der NATO wurden mutlos ausgespart. In Folge dessen sind die Perspektiven für Friedensschaffung der LINKEN ausbaufähig.

Zum Friedensleitantrag des Parteivorstands lagen drei Alternativanträge vor: „Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und internationale Politik (BAG FiP), „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“ von Genoss:innen um Özlem Demirel, Christine Buchholz und Heinz Bierbaum sowie ein Antrag aus Hamburg-Nord, der die Zusammenführung aller Friedensanträge bezweckte, um eine kämpferische und tragfähige Friedensorientierung der Gesamtpartei zu bestimmen.

Der linke Parteiflügel, unter Beteiligung aus Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord, erreichte, dass aus den drei Alternativanträgen ein einziger wurde: der Antrag von Özlem Demirel und Co mit einigen markanten Änderungen. In diesem Alternativantrag heißt es unter anderem: *„Die russische Regierung unter Putin trägt die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings*



nicht ausblenden, dass dem ein Konflikt zwischen der NATO und Russland voraus geht, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben, zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische Friedensordnung zu organisieren. (...) Für uns gilt absolute Klarheit gegen Krieg und gegen Menschenrechtsverletzungen – egal von wem.“ Dieser Antrag erhielt 43 Prozent der Delegiertenstimmen – ein starkes Zeichen für entschlossenes Friedensengagement in der LINKEN. Zudem wurden vom Parteitag sämtliche Änderungsanträge aus dem Regierungslager für Waffenlieferungen und schärfere Sanktionen deutlich abgelehnt. In der lebendigen Debatte zu den Änderungsanträgen wurden Verbesserungen aufgenommen, zum Beispiel zum militaristischen Charakter der EU. Auf dieser Grundlage wurde Wulf Gallert, der sich zuletzt als Verteidiger der Nato und ihrer Kriegspolitik geäußert hatte, nicht als stellvertretender Parteivorsitzer gewählt.



*Kris meldet sich zu Wort*

Diese Entscheidungen des Erfurter Parteitags sind gemessen an den Herausforderungen von Krieg, Aufrüstung und Militarisierung nicht ausreichend, aber doch eine gefestigte Grundlage für den weiteren gesellschaftlichen Kampf für Frie-

den und soziale Gleichheit, und sie sind angesichts des medialen Drucks nicht geringzuschätzen. Der Schleifung der friedenspolitischen Positionen im Grundsatzprogramm der LINKEN wurde eine klare Absage erteilt.

### **Einschüchterungen auf Bundesparteitag zurückgewiesen**

Und das, obwohl versucht wurde, mit Betroffenheit und Opferinszenierung, mit Unmittelbarkeit und Emotionalisierung, einzuschüchtern und Rationalität, Analyse und streitbaren Diskurs zu delegitimieren. In Grußwörter trommelten eine Rusin und eine Ukrainerin offen für militärische Eskalation wofür der faschistische Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion von 1941 bis 1945 durch unhaltbare Vergleiche zu relativieren und Krieg als Mittel des Friedens reinzuwaschen versucht wurde. Betroffenheit sollte als letztes „Argument“ gesetzt werden.

Diese Betroffenheits-Erzählung wurde von der sog. Metoo-Debatte noch verschärft, die im Vorfeld des Bundesparteitags über bürgerliche Medien bereits angeheizt worden war. Dabei ging es nicht um Ursachenanalyse, Sachverhaltsaufklärung und letztendliche Überwindung von sexueller Gewalt, sondern um ein Klima persönlicher Angriffe und um Vorverurteilung einzelner auf Zuruf. Eine Zuspitzung erfolgte in Änderungsanträgen zur Satzung, in denen Parteistrafen mal eben eingeführt werden sollten, und zwar allein aufgrund von Anschuldigung, Verdacht oder Wahrscheinlichkeit (!) einer sexistischen, gewalttätigen oder irgendwie allgemein parteischädigenden Tat, exekutiert durch Beschluss des Parteivorstandes (!), also Aufhebung der innerparteilichen Gewaltenteilung. Durch die beherzte Kritik dieser Position als vor-aufklärerisch und willkürlich, als Negation der Unschuldsvermutung (übrigens eine rechtsstaatliche Errungenschaft gegenüber den Hexenverfolgungen) und als der Problemlage völlig unangemessen, und daher antiemanzipatorisch wurde dieser Antrag vom Parteitag abgelehnt.

Demokratischere Positionen zur Überwindung von Sexismus wurden mit dem Antrag „Den Grundkonsens erneuern. Für ein feministische LINKE“ beschlossen, in dem die Unschuldsvermutung als hohes Gut anerkannt wird und ein gemeinsamer, problemlösungsorientierter Prozess der Emanzipation zumindest angedeutet wird. Das wichtigste gesellschaftspolitische Signal in diesem Zusammenhang war der mit großer Mehrheit gefasste Beschluss zur Abschaffung des § 218.

## **Gefestigte oppositionelle Beschlusslage für demokratische Parteikultur mit neuem Parteivorstand**

Beschlossen wurde ferner der Leitantrag zur sozial-ökologischen Transformation, den der Parteitag durch Änderungsanträge verbesserte, sodass unsere Kämpfe mehr im gesellschaftlichen Konflikt zwischen unten und oben verortet werden. Dennoch bleibt dieser Leitantrag umständlich und zahm. Schon besser waren die Solidaritätserklärung mit den tapfer Streikenden an den Unikliniken in NRW und die Solidaritätserklärung mit Julian Assange.

Die meisten Satzungsänderungsanträge des Parteivorstands zur Entdemokratisierung der Parteistrukturen wurden abgelehnt. Zu nennen ist der Versuch, höhere Hürden zur Behandlung von Parteitagsanträgen zu erreichen, wodurch Anträge von kleineren Bezirksverbänden wie Hamburg-Bergedorf oder Hamburg-Harburg künftig weggefallen wären, Anträge von BOs und Stadtteilgruppen hätten ohnehin nicht mehr stattgefunden. Auch der zentralistische Antrag, wonach die einfachen Mitglieder des Bundesausschusses und der Bundestagsfraktion keine beratende Stimme auf einem Bundesparteitag mehr haben sollten, wurde nicht beschlossen.

Der auf dem Bundesparteitag neugewählte Parteivorstand muss sich nun an den in den Beschlüssen definierten politischen Vorhaben und Zielen messen lassen. Es gibt Anlass zur Sorge, dass auch der neue PV damit überfordert sein wird – was dadurch noch erschwert wurde, dass der Parteitag den Parteivorstand auf 26 Mitglieder verkleinerte und damit die Pluralität beschnitt. Es kommt also umso mehr auf die Parteibasis an, die sich auch in Erfurt wieder vielstimmig und mit einer gehörigen Portion Unzufriedenheit über den Zustand der Gesellschaft und der Partei zu Wort meldete.

Janine Wissler ist nach einer engagierten Friedens- und sozialpolitischen Rede als Parteivorsitzende wiedergewählt worden, als Kovorsitzender setzte sich Martin Schirdewan (Fraktionsvorsitzender im EU-Parlament) gegen den Leipziger Bundestagsabgeordneten Sören Pellman durch. Harald Wolf (Hamburg) wurde als Schatzmeister wiedergewählt und zum Bundesgeschäftsführer bestimmten die Delegierten Tobias Bank aus Brandenburg.

Hervorzuheben sind die PV-Kandidaturen von Margit Glasow (Mecklenburg-Vorpommern, Inklus-

sionsbeauftragte), Christine Buchholz (Berlin) und Daphne Weber vom Studierendenverband, die authentisch und kämpferisch kandidierten und gewählt wurden.



*Franziska am Mikro*

## **Alles in allem ein widersprüchlicher, ein herausfordernder Bundesparteitag.**

Krieg ist eine große Herausforderung für sozialistische Kräfte, wie wir spätestens seit dem Vorabend des Ersten Weltkriegs wissen, als die Zweite Internationale vor ihrer internationalistischen Aufgabe scheiterte und zusammenbrach, weil die Funktionärebene in den sozialistischen Parteien sich in den Nationalismus der kriegführenden Parteien hineinziehen ließ. Deswegen sollten wir die Bedeutung und die Wirksamkeit unserer vom Parteitag bekräftigten friedenspolitischen Positionen sehr ernst nehmen.

Der Erfurter Parteitag hatte denn auch eine unmittelbare politische Wirkung, kaum dass er beendet war: Die Linksfraction im Bundestag votierte geschlossen gegen den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands – das war kurz vor dem Parteitag von einigen Funktionären anders angekündigt worden. Es bleibt wahr und richtig, dass das Militärbündnis NATO aufgelöst werden muss, um Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit zu schaffen.

Die Linkspartei ist weiterhin die Friedenspartei in der Bundesrepublik und im Bundestag, dies wurde durch Erfurt bekräftigt. Es liegt an uns allen, daraus etwas zu machen.

*Bericht von Gunhild Berdal, Kristian Glaser, Franziska Hildebrandt (Delegierte für Hamburg-Mitte)*



## Kurzbericht von der BMV am 09.07.2022

Bei der Bezirksmitgliederversammlung am 09.07. hatten wir eine hoffnungsvoll stimmende und motivierende Diskussion mit Inga Blum von ICAN.



Blick in den Saal, Foto: Gunhild Berdal

Bei der ersten Staatenkonferenz hat sich die Vertretung der Bundesregierung der Initiative für das Verbot von Atomwaffen erheblich angenähert („Wir gehen Schulter an Schulter“). Im an die BMV eingereichten Antrag wurde ergänzt, dass wir von Hamburg aus mit einer Konferenz den Beitritt der BRD auf Bundesebene befördern wollen (siehe unten). Ebenso positiv wurde die Demonstration „Für eine zivile Zeitenwende“ bewertet, ein zeitgemäßer Aufbruch mit der Haltung „Wir zahlen nicht für eure Kriege“. Die Initiative

gewinnt an Dynamik, weitere Aktivitäten sind in den Blick genommen, u.a. eine nächste Demonstration im Herbst. Der Bundesparteitag wurde kontrovers bewertet, aber die Anwesenden kamen schließlich in der Einschätzung überein, dass unsere Partei taktgebende Verantwortung und Potenzial hat für die progressive Beantwortung der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Krise - was nun verstärkt von uns allen wahrgenommen werden will. Der Antrag, eine Diskussion mit einer Waffenlieferungen befürwortenden Organisation aus der Ukraine zu veranstalten, wurde abgelehnt mit dem Verweis darauf, dass diese Position medial bereits massive Präsenz erhält und es an der LINKEN sei, zivile Perspektive zu schaffen. Außerdem wurde dem Wunsch aus dem Plenum gefolgt, eine Beratung zur Vorbereitung des Landesparteitags durchzuführen, von der auch Beschlüsse ausgehen können. Der Vorstand sucht aktuell nach einer Lösung

in der bereits mit vielen guten Terminen dichtgedrängten Zeit im Spätsommer und ist optimistisch, eine gute Lösung zu finden.

Diese Dynamik steht in starkem Widerspruch zu allem was stockt und auf einem nicht mehr aufrechtzuerhaltenden gang und gäbe beharrt - auch in unseren eigenen Reihen. Seid daher herzlich aufgerufen, Partei und Gesellschaft mit weiterem Schwung und Leben in o.G. Sinne zu erfüllen!

Alex Benthin (Mitglied des Bezirksvorstands, alexander.benthin@gmx.de)

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Hamburg-Mitte am 09.07.2022:

### Atomwaffenverbotsvertrag umsetzen: Abrüstung und Frieden statt NATO!

„Ja, ich glaube an die sanfte Gewalt der Vernunft über die Menschen. Sie können ihr auf die Dauer nicht widerstehen. Kein Mensch kann lange zusehen, wie ich einen Stein fallen lasse und dazu sage: er fällt nicht. Dazu ist kein Mensch imstande. Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß. Ihr erliegen die meisten, auf die Dauer alle.“ - Bertolt Brecht

Der Machtkampf um die Neuaufteilung der Welt, der sich u.a. in der Ukraine abspielt, sowie die enorme Aufrüstung – ideologisch, medial und militärisch – der letzten Jahre haben dazu geführt, dass die Gefahr einer atomaren Eskalation sehr real geworden ist. Das Drohen mit dem Einsatz von Atomwaffen ist zynisch, der Versuch, eine Atommacht wie Russland ökonomisch und

militärisch in den Ruin zu treiben, nicht weniger. Das macht den Kampf für die weltweite Ächtung von Atomwaffen und eine neue Entspannungspolitik hochaktuell.

Die internationale Abrüstungsinitiative ICAN beweist mit ihrem Wirken, dass der Zynismus des Krieges der sanften Gewalt menschlicher Vernunft weichen muss und weichen wird, wenn sie nachdrücklich von den Vielen vertreten wird. Bei der ersten Staatenkonferenz zur Umsetzung des Atomwaffenverbots im Juni 2022 auf Einladung Österreichs, hat die Bundesregierung als „Beobachter“ ein widersprüchliches Bild abgegeben: Auf der einen Seite stimme sie mit den Zielen überein und wolle sich an Hilfe für Opfer und Heilung von Schäden beteiligen, auf der anderen

Seite könne die Bundesrepublik aufgrund der Mitgliedschaft in der NATO dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beitreten.

Damit zeigt sich erneut und klar die Alternative: Nato oder Frieden, Nato oder Sicherheit. Wir lehnen das Kriegsbündnis NATO ab, um die wichtigste Abrüstungsinitiative in der UNO zu einem Erfolg zu machen.

Die 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr sowie die Anschaffung von neuen teuren und schädlichen Atombombern, lehnen wir strikt ab und streiten mit für eine zivile Zeitenwende.

1. Nie wieder das Inferno von Hiroshima und Nagasaki, nukleare Abrüstung jetzt!

Der Bezirksverband mobilisiert intensiv zu den Friedens-Aktivitäten in Hamburg am Hiroshima-Tag (6. August) und ruft alle Mitglieder dazu auf, auf diese Weise zur Abrüstung aller Atomwaffen mit beizutragen.

## **Wenn ich ein Grummeln spüre....**

Wenn ich ein Grummeln spüre, dann melde ich mich zu Wort. Nun ist es so, dass ich eher selten an BMVs teilnehme. Das hat diverse Gründe, die auch, aber nicht nur auf der gesundheitlichen Ebene liegen.

Aber an der BMV, bei der es auch um die Wahl der Delegierten für den Landesparteitag geht, hätte ich gerne teilgenommen, da es mir wichtig ist, meine Stimme für Delegierte meines Vertrauens abzugeben.

Leider wird mir wohl diesmal diese Möglichkeit nicht gegeben bzw. kollidiert die Terminierung mit der BilleVue in Hamburg Billstedt. Das ist (für nicht Eingeweihte) ein großes Volksfest, dass von einem breiten Bündnis rund um den Kultur Palast organisiert wird, dass die letzten beiden Jahre pandemiebedingt ausfallen musste und dass über die Grenzen Hamburgs Anklang und Interesse findet. Es war deshalb unsere Bitte, die BMV (3/4.9.2022) anders zu terminieren, weil einerseits die Partei DIE LINKE (Bezirksfraktion) einen Stand angemeldet hat und andererseits unser Bündnis "Billstedt und Mümmelmannsberg sind bunt" sich dort mit einem Stand präsentieren wird. Das scheint dem Vorstand egal zu sein. Er hält an den Tagen 3.9. und 4.9. 2022 fest. Als alternative Termine würden der 21.8 oder 28.8. in Frage kommen. Hier sind die Sommerferien vorbei.

Es wäre doch mit gutem Willen möglich die Wahl der Delegierten an einem Sonntag – sauber organisiert – durchzuziehen, so dass man vielleicht einen Termin finden kann, der nicht mit der

2. Nur in Kooperation lässt sich Frieden schaffen!

Landes- und Kreisverbände und Fraktionen der LINKEN auf allen Ebenen sind aufgerufen, eine atomwaffenfreie Welt neu auf die Tagesordnung zu setzen. Das Ziel ist, von links eine Bundesratsinitiative hervorzubringen und die Bundesregierung dazu zu zwingen, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Der Bezirksverband initiiert und beteiligt sich an entsprechenden Initiativen in der Partei, in der Friedensbewegung und in den Parlamenten. Speziell wird er sich dafür einsetzen, dass als Teil des vom Erfurter Bundesparteitag beschlossenen Diskussionsprozesses zu den friedenspolitischen Positionen, eine Friedenskonferenz mit Durchsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags als zentralem Thema ausgerichtet wird.

3. Der Bezirksverband unterstützt die Bemühung zur Durchführung einer Atomwaffenverbotsvertragskonferenz in Hamburg zur Beförderung des Beitritts der BRD.

BilleVue aber auch anderen Events kollidiert. Für uns ist es wichtig uns bei diesem Event zu präsentieren. Man nennt das auch Praxis. Für die Partei wichtiger denn je und auch für die Ini enorm wichtig, weil es unser Ziel ist, das bunte Leben in Billstedt gegen das Erstarken der populistischen Rechten zu verteidigen und auszubauen.

Nun habe ich schon lange den Eindruck, dass endlos ausgedehnte BMVs zu den absoluten Höhepunkten im (politischen?) Leben der Liste Links gehören und nun gleich zwei Tage! Da steppt dann wohl vor Freude der Bär. Allerdings kenne ich viele politische Freunde, die diese Begeisterung nicht teilen, weil sie ein Leben im Leben haben, um es etwas blumiger auszudrücken. Ein gesamtes Wochenende einer Wahl zu widmen, die in anderen Bezirken innerhalb von wenigen Stunden erledigt ist, wirkt total ungerechtfertigt! Aber das kommt in den oben genannten Kreisen gar nicht an.

Auch dachte ich, dass unsere Partei auch die Partei der offenen Debatte und des Internationalismus ist, der eine Grundlage für Frieden ist. Deshalb fand ich den Antrag von Patrick auf der letzten BMV lobens- und unterstützenswert.

## **“Mit Betroffenen reden, statt über sie!**

*Der Krieg in der Ukraine hält die Gesellschaft nach wie vor in Atem. Über die Recht- und Ver-*

hältnismäßigkeit von Waffenexporten und Sanktionen wird nach wie vor debattiert und gestritten, auch in unserem Bezirksverband.

Leider werden diese Debatten zumeist ohne die Einbindung der Betroffenen geführt. Um dies zu verändern und unseren innerparteilichen Diskurs zu verbessern, sollten wir versuchen auch die Position ukrainischer Genoss\_innen zu hören und mit ihnen in einen Dialog zu treten.

Bereits auf dem Bundesparteitag gab es Redebeiträge von Genoss\_innen der Organisation Sozialnyj Ruch (<https://intersoz.org/gegen-den-russischen-imperialismus/>), die sich dem demokratischen Sozialismus verschrieben hat. In Berlin lebt derzeit beispielsweise die geflüchtete Genossin Oksana Dutchak, die für eine solche Diskussion bereit wäre ([https://www.rosalux.de/profil/es\\_detail/7RAB27YUJ7/oksana-dutchak?cHash=44d60cc28832b2464d8c338898ad07ba](https://www.rosalux.de/profil/es_detail/7RAB27YUJ7/oksana-dutchak?cHash=44d60cc28832b2464d8c338898ad07ba)).

Die BMV möge daher beschließen, dass der Bezirksvorstand Die LINKE. Hamburg Mitte eine Diskussionsveranstaltung mit einer\_m Genoss\_in

von der Organisation Sozialnyj Ruch plant und durchführt. Ziel dieser Veranstaltung soll es sein die Perspektive von ukrainischen Linken in unseren Diskurs zu integrieren.

*Begründung:*

*Die LINKE. ist eine internationalistische und sozialistische Partei, die den Austausch von Argumenten fördert und sich mit den Opfern von Krieg und Vertreibung solidarisiert. “*

Dieser Antrag wurde auf der letzten BMV abgelehnt (siehe oben S. 5). Ich selbst war aus gegebenen Gründen nicht anwesend, aber über die Ablehnung bin ich dennoch verärgert und es kommt bei mir der Verdacht auf, dass die Ansichten, die dort wohl von Seiten einer ukrainischen Linken zur Diskussion gestellt werden würden, nicht ins ideologische Korsett der Liste Links and Friends passen würden und wenn etwas nicht in den Kram passt, dann findet es eben nicht statt. Das wäre, wenn es denn so ist, selbstentlarvend. Meine Idee ist es, diese Veranstaltung nicht aus Trotz, sondern aus Interesse an der der Debatte trotzdem selbst zu organisieren.

Liebe Grüße Uwe Everding-Böhm

## Stellenausschreibungen

Die Linksfraktion Hamburg-Mitte sucht ab sofort eine Büroleitung und eine\*n Mitarbeiter\*in für Öffentlichkeitsarbeit. Einzelheiten findet ihr auf der Webseite der Fraktion:

[https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/lcmshamburgmitte/dokumente/Stellenausschreibung\\_Bueroleitung\\_FINAL.pdf](https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/lcmshamburgmitte/dokumente/Stellenausschreibung_Bueroleitung_FINAL.pdf)

[https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/lcmshamburgmitte/dokumente/Stellenausschreibung\\_Oeffentlichkeitsarbeit\\_FINAL.pdf](https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/lcmshamburgmitte/dokumente/Stellenausschreibung_Oeffentlichkeitsarbeit_FINAL.pdf)

Wir freuen uns über Bewerbungen bis 31.07.22 an die Fraktion: [fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de)

## Wiedergewählt

Die BO Wilhelmsburg hat im Juni einstimmig ihr Sprecher\*innenteam wiedergewählt:

**Stefanie Rose und Manfred Schubert.**

Herzlichen Glückwunsch und auf weiter gute Zusammenarbeit.

Vorankündigung: **Sommerkino** diesmal als ‚Fraktion vor Ort‘

Die Bezirksfraktion zeigt am 20.8.2022 gegen 21.30 Uhr den Film "Respect" im Hammer Park Stadion in Kooperation mit der Stadtteilinitiative Hamm e.V. im Rahmen des „Hammer Sommerfest 2022“ als eigenständigen Programmteil "Bezirksfraktion vor Ort - Sommerkino im Park".

Mehr im nächsten Mitteilungsblatt.

Mehr zum Film: <https://www.epd-film.de/filmkritiken/respect>



## Für das Recht auf Abtreibung - für das Recht auf Gesundheit



Am **01.07.2022** organisierte die LAG Feminismus, DIE LINKE Hamburg auf dem Heidi –Kabel-Platz gemeinsam mit ihren Bündnispartner\*innen vom Hamburger **Bündnis** zum internationalen **8. März** Streik eine Kundgebung unter dem Motto:

**Bans off our Bodies**  
**Access to legal and Safe abortion is everyone's right!**

**Wir haben alle ein Recht auf legale und sichere Abtreibungen!**

Am selben Tag, an dem im Deutschen Bundestag, endlich die Streichung von Paragraph 219a (das Verbot der Werbung für das Angebot eines Schwangerschaftsabbruchs) durchgesetzt wurde und dies nicht mehr unter Strafe steht, wird in den USA durch den Supreme Court, das landesweite Recht auf Abtreibung und somit auch das Recht auf Gesundheit gestrichen!

Was in den USA gerade passiert, ist nicht nur rückschrittlich und greift erheblich in die Persönlichkeitsrechte jeder Frau ein, sondern fördert patriarchale und fundamentale Strukturen und gefährdet somit die Gesundheit von Millionen von Frauen und darauffolgenden Generationen. Diese Gesetzesänderung symbolisiert, die Unterdrückung aller Frauen durch den Staat! Durch das

### **Tempo 30 in der Legienstraße** **Posse im Regionalausschuss Billstedt:**

Seit Baubeginn des neuen U-Bahn-Abschnitts U4 kommt es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Legienstraße. Es fahren seitdem Baufahrzeuge, Lkws, die zusätzlich eingerichteten Buslinien 161/213 und erheblich mehr Pkws durch die Straße. Dies hat dazu geführt, dass sich eine Anwohner\*inneninitiative gebildet hatte, die eine Verkehrsberuhigung durch die Einführung von Tempo 30 im südlichen Teil der Legienstraße forderte. Zur Unterstützung dieser Initiative haben wir 2020 einen Antrag für Tempo 30 im

Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in den USA und anderswo weltweit sind Frauen medizinisch unterversorgt!

Auch die Möglichkeit einer legalen Abtreibung, ist mit teilweise hohen Kosten verbunden und marginalisiert somit jene Menschen, die von Armut betroffen sind, noch stärker! Das Patriarchat entscheidet also nicht nur, ob ein Schwangerschaftsabbruch und das Recht auf medizinische Grundversorgung in Anspruch genommen werden darf, sondern auch, wer sich das Recht für eine körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit leisten kann und wer nicht! Armut bedeutet im Umkehrschluss weniger Recht auf Gesundheit auch in Deutschland!



Wir fordern:

- weltweit das Recht auf Gesundheit
- das Recht auf Gleichstellung auch in den Gesetzbüchern
- Solidarität
- Verbundenheit und das Recht auf ein gutes Leben für alle!

Nora Stärz

Regionalausschuss eingebracht, der von der Koalition (SPD, CDU, FDP) abgelehnt wurde, da der Fraktionssprecher der SPD nach einer Durchfahrt vor Ort hierfür keine Notwendigkeit sah. Wir blieben trotz dieser Ablehnung mit der Nachbarschaftsinitiative im Kontakt und brachten diese dazu, eine Eingabe zu diesem Thema zu machen. Diese Eingabe wurde durch die Koalition erneut abgelehnt im August 2021, mit der Begründung, dass man diese Forderung ja schon 2020 abgelehnt hatte. Glücklicherweise war an



diesem Tag ein Beamter des PK 42 anwesend, der versprach die Angelegenheit zu prüfen. Im Oktober wurde dann das Ergebnis dieser Prüfung im Regionalausschuss verkündet. Das PK42 befürwortete die Einführung von Tempo 30 im südlichen Teil der Legienstraße. Ich konnte daraufhin die Koalition überreden einem Interfraktionellen Antrag im November einzubringen, der dann einstimmig bei Enthaltung der AFD beschlossen wurde. Die Freude bei der Nachbarschaftsinitiative war groß.

Zu früh gefreut. Der Antrag hatte einen Fehler, da die Einrichtung einer Tempo 30-Zone gefordert wurde. Dies brachte die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) ins Spiel, da diese für die Einrichtung von Tempo 30-Zonen zuständig ist. Die BVM lehnte die Einführung einer Tempo 30-Zone ab. Eine Anfrage von Heike Sudmann brachte Licht in das Dunkel. Wir hätten die Einführung einer Tempo 30-Strecke fordern müssen.

Aus diesem Grund haben wir im April 2022 den Antrag erneut gestellt mit der Forderung, eine Tempo 30-Strecke im südlichen Abschnitt der Legienstraße einzurichten. Die SPD und FDP sicherten ihre Unterstützung für diesen Antrag

zunächst zu. Jetzt aber weigerte sich die CDU diesem Antrag zuzustimmen. Die Frage nach einem Grund hierfür blieb in der Sitzung unbeantwortet. Stattdessen beschloss die Koalition den Antrag in den Hauptausschuss zu überweisen. Hier wurde der Antrag im Mai erst einmal auf die Juni-Sitzung vertagt und schließlich abgelehnt. Die CDU begründete dies damit, dass man das Thema Tempo 30 im gesamten Bezirk auf eine solide Grundlage stellen will und deshalb so eine Einzelentscheidung abzulehnen ist. Hier hat der Schwanz (CDU) eindrucksvoll mit dem Hund (SPD) gewedelt und gleichzeitig den Bürgerwillen ignoriert.

Das Thema ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Nachbarschaftsinitiative wird sich in den nächsten Tagen direkt an das PK42 wenden und darum zu bitten, dass das PK42 als untere Straßenverkehrsbehörde einfach eine Tempo 30-Strecke anordnet. Wir werden die Initiative bei der Formulierung unterstützen.

Wolfgang Strauß

Zum Abschluss noch ein Bericht aus dem Billstedter Wochenblatt.

# Aus der Traum vom Bürgerwillen

Linke kritisiert die Ablehnung der **GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNG** am Anfang der Legienstraße

**BILLSTEDT** Die Absicht, am Anfang der Legienstraße die Geschwindigkeit der Autofahrer auf Tempo 30 zu drosseln, ist wohl vorerst gescheitert.

FRANK BERNO TIMM

Es geht, wenn man einem großen Internetanbieter glauben kann, um 270 Meter an der Legienstraße, genauer: von der Kreuzung Kirch Linden über die U-Bahn bis zur bereits bestehenden 30 km/h-Strecke am Kindergarten zwischen den Hausnummern 47 und 59. Seitdem der Regionalausschuss im November 2021 beschlossen hätte, hier eine 30er-Zone zu schaffen (und die Billstedter Polizei die Unterstützung signalisierte), ist unendlich viel Papier produziert worden – allerdings vergeblich. Die ursprüngliche Absicht sei von der Verkehrsbehörde abgelehnt worden. Man wolle den Bus löf nicht bremsen, wird die Verkehrsbehörde im zweiten Antrag in derselben Sache zitiert. Außerdem, argumentiert die Behörde, die Seniorenwohnanlage, der eine Tempobeschränkung zugute käme, sei kein Alten- und Pflegeheim, damit entfällt die Notwendigkeit einer 30er-Zone. Dass nicht nur die älteren Leute gern weniger schnell-



Das Helma-Steinbach-Haus würde profitieren, wenn sich Autofahrer in der Legienstraße mehr Zeit lassen würden.



Am frühen Vormittag ist auf der Legienstraße eher wenig los  
Foto: Timm



le Autos hielten, zeigt eine Anwohnerinitiative, die sich wegen des Anliegens gegründet hat. Einer der Initiatoren ist die Linke. Ihr Abgeordneter Wolfgang Strauß meint, dass die CDU diesen Antrag abgelehnt habe, bleibe ein Mysterium. Die Begründung, dass man das Thema Tempo 30 auf ein solideres Fundament stellen wolle, ignoriert die Au-

ausschuss an den Hauptausschuss weiter, dort wurde er abgelehnt. Einer der Initiatoren ist die Linke. Ihr Abgeordneter Wolfgang Strauß meint, dass die CDU diesen Antrag abgelehnt habe, bleibe ein Mysterium. Die Begründung, dass man das Thema Tempo 30 auf ein solideres Fundament stellen wolle, ignoriert die Au-

wohnerinitiative und das Votum des PK 42. So kann man engagierte Bürger nicht behandeln.“ Sprecherin Sorina Weiland aus dem Bezirksamt teilt mit: Der Hauptausschuss „hat den Antrag am 07.06.2022 mehrheitlich – gegen die Stimmen der Grüne-Fraktion und der Fraktion Die Linke – abgelehnt“. Es gibt noch mehr Papier.

Heike Sudmann (Die Linke) hat als Bürgerschaftsabgeordnete eine umfangreiche Anfrage an den Senat gestellt. Dessen ausführliche Antwort ist in der Parlamentsdatenbank der Bürgerschaft zu finden: Fragen und Antworten umfassen fast vierzig Seiten. Hier nur so viel: Die Einrichtung einer 30er-Zone sei „weiterhin als nicht verträglich eingestuft“. Bei Tempo-30-Strecken gelte kein Rechts-vor-Links, Markierungen und Lichtsignalanlagen seien aber zulässig.

## KOMMENTAR

Lasst uns schnell fahren!

Was für ein Witz: Da raufen sich Politik und Polizei schon mal zusammen, um den Verkehr in der Legienstraße zu dämpfen. Dann aber setzt sich ein bürokratisches Räderwerk in Gang, das kein vernünftiger Mensch mehr nachvollziehen kann. Man kann das auch als Aufforderung verstehen, am Anfang der Legienstraße mal richtig Gas zu geben. Auf Senioren und Patienten eines psychiatrischen Zentrums achten? Brauchen wir nicht. Den Willen der Leute ernst nehmen, die hier wohnen? Sollen sie sich doch eine andere Bleibe suchen. Die Verkehrswende durch – nicht einmal mutige – Entscheidungen unterstützen? Mit solchen Spitzfindigkeiten hält sich doch keiner auf, oder? Ganz im Ernst: Den bisherigen Umgang mit 30 km/h auf wenigen 100 Metern müsste man als albern bezeichnen, wenn es nicht einfach nur ärgerlich wäre. Die Leute, die es betrifft, werden es sich gewiss merken. Und alle anderen mit ähnlichen Wünschen bleiben besser zu Hause: So etwas ist Politik zum Abgewöhnen – nicht mehr, nicht weniger.

Frank Berno Timm

## Termine in (und für) Mitte

### **Immer freitags, 17 bis 18 Uhr**

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus  
Stadthausbrücke

### **Dienstag, 19.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus Wilhelmsburg

### **Mittwoch, 27.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

**Achtung, eine Woche später!**

### **August 2022**

### **Dienstag, 02.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus Wilhelmsburg

### **Montag, 08.08., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 11.08., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

### **Dienstag, 16.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Bürgerhaus Wilhelmsburg

### **Mittwoch, 17.08. 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 18.08., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**  
Nebenraum des Restaurants Maharaja,  
Detlev-Bremer-Straße 41, 20359 Hamburg)

### **Samstag, 20.08., ca. 21:30 Uhr:**

Fraktion vor Ort:  
**Sommerkino** im (Hammer) Park

### **Samstag, 27.08., 14-18 Uhr:**

Fraktion vor Ort:  
**Kinderfest** in Wilhelmsburg  
KIGV „Im Bauernfelde“, Hauland 83

Die **Stadtteilgruppe HaHoBo** trifft sich sporadisch,

Termin variabel, auf Anfrage.  
Alexander Götz: AAGoetzels@web.de

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck  
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

### Bezirksvorstand:

### Telefon

### Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto	0163 8509508	
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX